

Antragsteller: Jusos Lahn Dill

Weiterleitung: Landesparteitag, Bundesparteitag



Antragstitel: Sozialisierung des ÖPNV ist die Antwort

Wir fordern eine Vergesellschaftung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Hierzu wird eine Finanzierung des ÖPNV durch eine CO₂-Steuer nach Vorbild des vom SPD-geführten Umweltministeriums erstellten Vorschlags vorgesehen, ergänzt durch eine zusätzliche ÖPNV-Steuer, welche alle Bürger*innen zahlen. Bei letzterer sollen untere Einkommen nur minimal belastet werden, während Spitzenverdiener*innen deutlich intensiver besteuert werden.

Begründung:

1. Durch die schlechte Anbindung kleinerer Kommunen an den ÖPNV entsteht massive soziale Ungerechtigkeit. Ohne eine staatliche Unterstützung wird es sich beispielsweise niemals für Busunternehmen lohnen, Busse zu späterer Stunde in die infrastrukturell weniger gut aufgestellten Kommunen zu schicken. So wird die Existenz im ländlichen Raum ans Auto gekoppelt, was wiederum einen Ausschluss jüngerer und weniger wohlhabender Bürger*innen vom gesellschaftlichen Leben in ländlichen Regionen zur Folge hat.
2. Durch die bisherigen Klimaschutzmaßnahmen ist ein Erreichen der bundesdeutschen Klimaziele für 2030 nicht gewährleistet. Um dies zu ändern, müssen Emissionen in verschiedenen Sektoren radikal eingeschränkt werden. Dieser Antrag konzentriert sich hierbei vornehmlich auf den Verkehrssektor, welcher seit 1990 keine Emissionen eingespart hat. Durch Ausbau und Investitionen im Bereich des ÖPNV soll dieser Tendenz entgegengewirkt werden.
3. Durch ein ausgebauten und ernst zu nehmendes Angebot wird der ÖPNV auch für breitere Teile der Bevölkerung, die nicht auf diesen angewiesen sind, attraktiv. In der aktuellen Situation müssen Bürger*innen nicht nur oftmals mehr für eine Fahrt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln bezahlen, sie sind auch häufig unzuverlässiger und schlecht ausgebaut, weshalb der Zug teilweise langsamer als das Auto ist. Durch eine staatliche Finanzierung könnte man dieses Defizit ausgleichen und aufgrund der partiellen Steuerfinanzierung würden sich voraussichtlich mehr Bürger*innen vom Angebot angesprochen fühlen, da sie dieses ohnehin mitfinanzieren. Wenn das Auto in strukturschwachen Gegenden eine faire Alternative hat, führt eine stärkere Besteuerung der fossilen Brennstoffe nicht zwangsläufig zu mehr sozialer Spaltung.